

## Starker Westen?

Der G-7-Gipfel von Elmau mit Bundeskanzler Scholz als Gastgeber und der nachfolgende NATO-Gipfel in Madrid (Ende Juni 2022) sollten klare und ermunternde Botschaften vermitteln: Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verlangt eine geschlossene Antwort des Westens, harte Sanktionen gegen Russland sowie finanzielle und militärische Unterstützung für die Ukraine. Der „demokratische Westen“ schließt sich gegen den „autokratischen Osten“ (Russland, China und ihre Freunde) zusammen. Die USA übernehmen – nach den nationalistischen Rückfällen der Ära Trump – endlich wieder die Führung des Westens im Kampf gegen das „Böse“. Wirtschaftsminister Robert Harbeck von den *Grünen*, inzwischen der Lieblingspolitiker von „467 Führungsspitzen aus Unternehmen, Politik und Verwaltung“ (FAZ vom 14. 7. 22, S. 15) spricht in Washington von einer „dienenden Führungsrolle“ Deutschlands. Diese beruht auf seiner ökonomischen Dominanz in der Europäischen Union, die allerdings – als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine – militärisch ausgebaut werden muss. Der Niedergang des Westens, der in den letzten Jahren – nicht zuletzt nach der Flucht der Amerikaner und ihrer Verbündeten aus Afghanistan – so oft beschworen wurde, scheint gewendet. Die Teilnehmer des Gipfels sind wohl davon überzeugt, dass die neue globale Konfrontation zwischen „Demokratie“ und „Autokratie“ mit dem Sieg des Westens – wie schon im ersten Kalten Krieg – enden wird. Der Club der Reichen (G 7) bietet den Ländern des armen Südens „Security, Prosperi-

ty and Democracy“ im „American Empire“ an.

Die politischen Ereignisse in den G-7-Staaten vermitteln freilich ein anderes Bild. Kaum hatten die mächtigsten Männer der westlichen Welt die schöne Alpenwelt verlassen, wurden sie mit der harten Realität der globalen Krisenprozesse wie der inneren Instabilität in ihren eigenen Ländern konfrontiert.

*Joe Biden* fuhr als Führer der westlichen Welt in sein Land zurück, das durch die Pandemie, durch Inflation und rassistische Anschläge zutiefst gespalten ist und einen erneuten Aufschwung und Wahlsieger einer – von Trump geführten – rechtsradikalen republikanischen Partei fürchten muss.

Der britische Premierminister *Boris Johnson* trat eine Woche nach dem Alpengipfel auf Druck der eigenen Parlamentsfraktion vom Posten des Parteivorsitzenden, dann des Premierministers, zurück.

Der französische Präsident *Emmanuel Macron* hatte in der Stichwahl gegen Marine Le Pen mit 58 Prozent der Stimmen gewonnen. Im ersten Wahlgang schnitt er ganz schlecht ab. Bei den Parlamentswahlen vom 12. und 19. Juni 2022 verlor seine Partei die absolute Mehrheit. Die Wahlergebnisse zeigen, dass seine neoliberale Politik von der Mehrheit der Franzosen abgelehnt wird.

Der italienische *Ministerpräsident Mario Draghi* trat am 21. Juli zurück, weil er die Unterstützung von drei Parlamentsfraktionen verloren hatte. „Die derzeitige politische Lage in der drittgrößten Volkswirtschaft der Eurozone beschreiben Beobachter in Rom einhellig als vollendetes Chaos,

absurdes Durcheinander oder ultimative Spinnerei“ (FAZ vom 16.7. 22).

Bundeskanzler *Olaf Scholz* ist nicht gefährdet, aber 70 Prozent der „Eliten Deutschlands“ sind laut FAZ (a.a.O.) davon überzeugt, dass er ein „schwacher Bundeskanzler“ ist.

Der japanische Ministerpräsident *Fumio Kishida* musste bald die Nachricht verarbeiten, dass sein Vorgänger Shinzo Abe, der starke Mann des rechten Flügels der regierenden liberaldemokratischen Partei, bei einer Wahlkampfveranstaltung erschossen wurde. Die Liberalen gewannen die Wahl – das Entsetzen über den Verfall der politischen Kultur hält jedoch an. Abe hatte die nationalistische Ideologisierung der Liberaldemokratischen Partei vorangetrieben.

Der kanadische Premier Trudeau war offenbar der einzige, der ohne große Sorgen nach Hause fahren konnte.

Die Konstruktion des neuen globalen Kalten Krieges zwischen „Demokratien“ und „Autokratien“ verlangt nicht nur militärische Überlegenheit, sondern auch innere Stabilität und Stärke. Der alte Kalte Krieg, den US-Präsident Truman 1947 eröffnete, bezog im Westen seine Überlegenheit aus dem „Golden Age of Capitalism“. Der „neue Kalte Krieg“ reagiert jedoch auf die (sozialökonomischen und ökologischen) Krisen- und Katastrophentendenzen im globalen Finanzmarktkapitalismus seit dem Big Crash von 2008/09.

Dazu kommt die zweite große Herausforderung. Kurz vor dem G-7-Gipfel in Elmau hatten sich (virtuell) in Beijing die politischen Spitzen der sog. BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) ge-

troffen. Die „XIV BRICS Summit Beijing Declaration“ vom 23. Juni 2022 umschreibt in 70 Punkten das Programm einer multilateralen Weltordnung jenseits des American Empire bzw. jenseits der von den G-7 verteidigten „regelbasierten Weltordnung“, die von Kritikern auch als das „Dollar-Wall-Street-Regime“ (Peter Gowan) bezeichnet wurde<sup>1</sup>.

Für die sozialistische Linke sind damit die beiden zentralen Felder markiert, auf denen sie sich in den kommenden Jahren bewähren muss: die Entwicklung einer systemischen Alternative zu den Krisen- und Katastrophentendenzen des globalen Finanzmarktkapitalismus und die Stärkung einer Friedensbewegung, die sich imperialer Macht- und Gewaltpolitik erfolgreich entgegenstellen kann.

*Frank Deppe*

## **Solidarität gewinnt! Tarifbewegung 2022**

Die IG Metall hat im Juli eine Forderung von 8% Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen ab 01.10.2022 mit einer Laufzeit von 12 Monaten beschlossen. Das Arbeitgeberlager hat mit den üblichen Phrasen geantwortet. Aber die Forderung ist mehr als angemessen.

Tarifverträge müssen immer im Gesamtpaket bewertet werden und der Stahlabschluss gab sicherlich Rückenwind bei der internen Forderungsdebatte.

Um unsere Kernkompetenz in der Ta-

<sup>1</sup> Vgl. Jörg Goldberg: Globalisierung als Wirtschaftskrieg, in: junge Welt vom 5.7.2022.

rifpolitik erneut unter Beweis zu stellen, hat die IG Metall sich vorgenommen, aus der erfolgreichen Tarifrunde 2018 zu lernen, und eine breit angelegte Beteiligung mit einem entsprechenden langfristigen Vorlauf gestartet. Die Kampagne enthält viele einzelne Schritte, um den Spannungsbogen zu halten und letztlich den Druck aufzubauen, der notwendig sein wird.

Das hört sich nach einem Standardprogramm an, ist es aber nicht. Nach zwei sehr moderaten Tarifrunden, maßgeblich durch die Corona Pandemie bestimmt, haben sich die ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen weiter verändert. Man könnte salopp sagen, es sind noch ein paar Krisen dazu gekommen, die in ihrer Konsequenz zu einer nicht vorhersehbaren Inflation geführt haben. Die Unternehmen geben die Verteuerung an ihre Kunden weiter. Aber die Arbeitnehmer\*innen können das nicht. Sie müssen die Strom- oder Gasrechnung von ihrem Einkommen bestreiten.

Für die Beschäftigten steht die Entgeltentwicklung im Vordergrund, wie eine breit angelegte Befragung im Mai gezeigt hat. Die gute Beteiligung bei der Befragung zeigt, dass sie Druck machen, den wir aufgreifen. Die IG Metall bestreitet die Konjunkturerbrüche nicht; aber es hat sich schon in der Finanzkrise 2008 als gute Strategie erwiesen, den privaten Konsum zu unterstützen. Das Argument der Lohn-Preis-Spirale ist nicht zu akzeptieren, schon gar nicht wenn wir auf die Unternehmen schauen, die in der Krise richtig viel verdienen. Natürlich ist die wirtschaftliche Situation in den Betrieben differenziert zu betrachten, aber das ist in jeder Tarifrunde ein

Thema und man soll nicht so tun, als gäbe es für besonders betroffene Unternehmen keine tarifpolitischen Instrumente.

Trotzdem wird diese Tarifrunde kein Selbstläufer, es wird eine Herausforderung, die Beschäftigten nach fast drei Jahren Corona Pandemie, die noch nicht vorbei ist, auf die Straße und Plätze zu mobilisieren. Wir stellen uns auf eine harte Auseinandersetzung ein und setzen auf eine große Beteiligung. Es wird u.a. darauf ankommen, auch die Beschäftigten im Homeoffice zu erreichen. Digitale Streikversammlungen sind immer noch Neuland.

Von der aktuellen Preisentwicklung sind die unteren Entgeltgruppen und die Auszubildenden besonders betroffen. Sie brauchen eine spürbare Entlastung. Tarifpolitik muss jetzt kompensieren, was staatliches Handeln versäumt hat oder sogar zu verantworten hat. Denn letztlich ist es ja die Gesellschaft, die die neue Kriegsbereitschaft, die Milliarden an die Bundeswehr und die allgemeine Aufrüstung bezahlen muss. Wir werden verhindern, dass diese Kosten nach unten weitergegeben werden. Darauf sind wir vorbereitet.

*Ulrike Obermayr*

## **Der kommende Aufstand – von rechts?**

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern und selbst der Verfassungsschutz will seiner „Frühwarnfunktion“ gerecht werden: Im Herbst muss angesichts von Inflation, Preisexplosion, drohender Energieknappheit und

möglicher Rezession mit einer bundesweiten Protestwelle gerechnet werden, die auch die extreme Rechte in ihrem Sinne nutzen will. Das Innenministerium warnt: „Es kann festgestellt werden, dass Kreise, die schon die Coronaproteste geprägt haben, auf der Suche nach neuen Themen mit Protestpotenzial sind. (...) Je nach Entwicklung der Energieversorgungssituation und der sozialen Folgen der Kostensteigerungen ist eine Entwicklung zu einer mit den Coronaprotesten vergleichbaren Größenordnung möglich.“ Drastischer formuliert es Stefan Kramer, Chef der Thüringer Verfassungsschutzbehörde, der konstatiert, dass „ausländische und inländische Kräfte aktuell die Verunsicherung und Angst in unserer Bevölkerung weiter zu befeuern versuchen, die AfD ganz vorne mit dabei“. Die vergangenen „Querdenken“-Proteste könnten damit „ein Kindergeburtstag im Vergleich zum kommenden Herbst und Winter“ werden.

Außenministerin Annalena Baerbock malt mögliche „Volksaufstände“ an die Wand, sollte sich die Krise weiter zuspitzen, und auch Innenministerin Nancy Faeser warnt aus sicherheitspolitischer Sicht vor möglichen sozialen Unruhen. Protest gegen die aktuelle Krisenentwicklung und gegen die Politik der Bundesregierung werden einerseits offenbar vornehmlich von rechts erwartet, die Äußerungen dienen jedoch auch der Delegitimierung bzw. Kriminalisierung jeglichen Protestes.

In der Tat lässt sich beobachten, wie einzelne Akteure der extremen Rechten sich des Themas bemächtigen und versuchen, es zum Ausgangspunkt eigener Kampagnen zu machen. Am 18. Juli demonstrierten 1.200 Menschen

in Wittenberg unter dem Motto „Das System ist am Ende, wir sind die Wende“ und zogen mit Russland- und Deutschlandfahnen durch die Stadt. In Sachsen wurden Vermieter von Neonazis bedroht, weil sie die Rationierung des Warmwassers angekündigt hatten.

Angesichts der Mobilisierungserfolge von Pegida und Querdenken muss davon ausgegangen werden, dass auch das Thema Energiekrise, Teuerung und der Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg von diesem Milieu genutzt wird. Die Affinitäten und personellen Überschneidungen dieses Spektrums zur extremen Rechten sind seit Jahren bekannt. Im neurechten Umfeld der AfD sprießen aktuell die Fantasien, was im Herbst auf der Straße alles möglich sein wird. Hier geht man davon aus, dass ausschließlich die Rechte dazu in der Lage ist, nennenswerten Protest auf der Straße zu organisieren. Und zweifellos wird die AfD versuchen, sich zum parteipolitischen und parlamentarischen Sprachrohr einer solchen Bewegung zu machen.

Die AfD und die extreme Rechte insgesamt adressieren dabei einen Teil der Bevölkerung, der auch im Fokus linker Politik steht: Abhängig Beschäftigte, die durch die Preisentwicklung in massive Schwierigkeiten gebracht werden, Gewerbetreibende, die den entstehenden Kostendruck nicht bewältigen können und Bürgerinnen und Bürger, die der einseitigen und auf Aufrüstung und Waffenlieferungen setzenden Politik des politischen Mainstreams nicht zustimmen. Von Seiten der AfD wird versucht, Unsicherheiten und Protest von rechts zu bedienen und ihre Themen damit zu verbinden:

- Kritik am Euro und der EU, da beides zulasten Deutschlands gehe;
- Kritik an der Energiewende, die Schuld an der aktuellen Preisentwicklung habe;
- Kritik an politischen Grundsatzentscheidungen wie Aufnahme von Geflüchteten und Corona-Maßnahmen, die auf Kosten der Normalbürger:innen gingen;
- Kritik an der Sanktionspolitik, die vor allem die deutsche Wirtschaft schwäche.

Aktuell bereitet sich die AfD darauf vor, im Herbst kampagnenfähig zu sein und das Thema in den Parlamenten aber auch auf der Straße zu besetzen. Ein Schwerpunkt wird dabei in Ostdeutschland liegen, wo die AfD auf dem Niveau einer Volkspartei verankert ist und wo an die erfolgreichen Mobilisierungen von Pegida und Querdenken angeknüpft werden kann. Insgesamt lässt sich noch nicht von einer bundesweiten Kampagnenstruktur der AfD sprechen. Zu erwarten ist, dass die Partei auf eine Initialzündung für eine solche Kampagne hofft oder sie selbst zu schaffen sucht. „Montagsproteste“ oder andere symbolische Aktionen, ausgehend von einzelnen Städten oder Bundesländern, könnten dieser Funke sein, der eine Bewegung startet, auf die die AfD aufsetzen will.

*Gerd Wiegel*

## **Julian Assange – die Scheinheiligkeit des Westens**

In kaum einem anderen Zusammenhang tritt die Scheinheiligkeit des

Westens in Sachen Menschenrechte, Demokratie und Freiheit so offen zutage wie im Fall Julian Assange. Seit nunmehr dreizehn Jahren ist der Journalist und Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks seiner Freiheit beraubt. Für seine investigative Enthüllungsarbeit wie im Video „Collateral Murder“, das die Ermordung irakischer Zivilisten, darunter zwei Journalisten der Agentur Reuters, durch die US-Armee im Irak dokumentiert oder den Kriegstagebüchern des NATO-Krieges in Afghanistan, soll Julian Assange bis zum Tode weggesperrt bleiben. Mit der Entscheidung der britischen Innenministerin Priti Patel Mitte Juni ist seine Auslieferung an die USA nun einen Schritt näher gerückt.

Nachdem das Anwaltsteam von Julian Assange am britischen High Court Berufung gegen die Entscheidung der konservativen Hardlinerin eingelegt hat, geht das schier endlose Verfahren in die nächste Runde. Anders als der chilenische Diktator und Massenmörder Augusto Pinochet, der seine „Auslieferungshaft“ um die Jahrtausendwende in London unter Hausarrest in einer schicken Villa mit Aufwartungen zahlreicher prominenter Unterstützer, unter anderen Ex-Premierministerin Margaret Thatcher, genoss, fristet Assange seit drei Jahren ein unwürdiges Dasein im britischen Hochsicherheitsknast Belmarsh, während das Damoklesschwert der Auslieferung in die USA über ihm schwebt. Wegen seiner publizistischen Arbeit in Kooperation mit Medienhäusern wie dem SPIEGEL, der New York Times und dem Guardian drohen Assange dort bis zu 175 Jahre Haft. Auf der Grundlage des Espiona-

ge Acts – einem Gesetz aus der Zeit des Ersten Weltkriegs zur Verfolgung von Spionen und Saboteuren – soll der WikiLeaks-Gründer weggesperrt werden. Mit dieser unsäglichen Anklage wird Journalismus zum Verbrechen erklärt. Nicht ohne Grund warnten weltweit Journalisten- und Pressefreiheitsorganisationen davor, mit der Auslieferung von Assange einen gefährlichen Präzedenzfall für andere Medien und Journalisten zu schaffen.

Es ist ein großer Erfolg, dass sich anderthalb Jahre nach Gründung der fraktionsübergreifenden Arbeitsgemeinschaft „Freiheit für Julian Assange“ Anfang Juli erstmals der Deutsche Bundestag dieser Warnung anschloss. Mit der Annahme einer Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses verurteilten alle Fraktionen mit Ausnahme der CDU/CSU die politische Verfolgung von Julian Assange als Angriff auf die Pressefreiheit und riefen die Bundesregierung dazu auf, sich für die Freilassung des Journalisten und Wikileaks-Gründers aus britischer Haft und die Nichtauslieferung an die USA einzusetzen. Dass die Unterstützung für Julian Assange an Zulauf gewinnt, zeigt auch eine gemeinsame Erklärung vom 7. Juli 2022: Darin haben sich mehr als 80 Abgeordnete fraktionsübergreifend gegen die Auslieferung von Julian Assange an die USA ausgesprochen – womit sich seit einem Schreiben deutscher Parlamentarier an das britische Unterhaus Anfang Mai binnen weniger Wochen die Zahl der Unterstützerinnen und Unterstützer im Bundestag für das Leben und die Freiheit von Julian Assange mehr als verdoppelt hat.

Ungeachtet des parlamentarischen

Protests hält die Bundesregierung unbeirrt an ihrer Nibelungentreue zu Washington fest und lässt den Dissidenten des Westens im Stich. Dabei sitzen auf der Regierungsbank fünf Minister, die noch kurz vor der Bundestagswahl gefordert hatten, die Verfolgung des WikiLeaks-Gründers im Sinne der Verteidigung der Pressefreiheit einzustellen. Eine der Wendehälse ist die Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth. In Amt und Würden posant nun ausgerechnet das Grünen-Urgestein in die Welt hinaus, dass Assange im Fall einer Auslieferung ein „sehr faires Verfahren“ in den USA erhalten werde, also dem Land, dessen Geheimdienst nachweislich die Entführung und Ermordung des Journalisten geplant hat.

Gebetsmühlenartig verweist die Bundesregierung auf den britischen Rechtsstaat. Angesichts der unverhältnismäßigen Haftbedingungen, dem weitgehenden Ausschluss der Öffentlichkeit, dem Einsatz befangener Richter und zahlreicher weiterer Verfahrensfehler ist das nichts weiter als blanker Hohn. Seit Jahren kritisiert der inzwischen ehemalige UN-Sonderberichterstatter zum Thema Folter Nils Melzer, dass Assange sein Recht auf ein faires Verfahren „konsequent verwehrt“ werde. Mit seiner Feststellung, dass Assange angesichts der jahrelangen Verfolgung und unmenschlichen Haftbedingungen unter „psychologischer Folter“ leide, stieß Melzer schon vor Jahren bei Außenminister Heiko Maas auf taube Ohren.

Wer wie die Bundesregierung tatenlos dabei zusieht, wie der Journalist Julian Assange vor den Augen der Weltöffentlichkeit lebendig begraben wird, beraubt sich jeglicher Glaubwürdig-

keit beim Beschwören von Demokratie und Menschenrechten. Die Auslieferung von Julian Assange steht bevor, doch noch ist es nicht zu spät. Schon allein um im eigenen Interesse Schadensbegrenzung zu betreiben, muss sich die Bundesregierung ernsthaft für die Freilassung von Julian Assange und die Beendigung seiner Anklage einsetzen. Journalismus ist kein Verbrechen und darf kein Verbrechen sein – auch wenn er westliche Kriegsverbrechen aufdeckt.

*Sevim Dağdelen*

## Zeitgenosse Erasmus Schöfer

Wie lässt sich die Geschichte der westdeutschen Linken in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhundert erzählen? Sie handelt von einer Zeit nach den Revolutionen, nach dem antifaschistischen Widerstand, nach dem großen Terror unter Stalin. Und dennoch steht sie noch ganz unter dem Eindruck des „Katastrophenzeitalters“ (Hobsbawm), manifestiert sich im Vollzug von Brüchen mit postfaschistischer Mentalität, der Freilegung alternativer Traditionen und der Suche nach neuen Anfängen. In dieser Geschichte geht es nicht mehr um die „Mühen der Gebirge“, sondern um die „Mühen der Ebenen“<sup>1</sup> – wobei sich rasch zeigt, dass die dann doch nicht ganz so eben waren, wie Brecht 1949 hoffte, dass sie tendenziell abschüssig in eine Talsohle führten, an deren an-

derer Seite neue Berge ihrer Besteigung harren.

Es ist diese Landschaft, in der Erasmus Schöfers *opus magnum* „Die Kinder des Sysifos“ über die Jahre zwischen 1968 und 1989 spielt, und in der seine Figuren, die historisch „realen“ ebenso wie die „erfundenen“, ihre Lebensprobleme, die scheinbar „bloß“ persönlichen, ebenso wie die ihrer Zeit, zu bewältigen versuchen. Hier von „Landschaft“ zu reden, ist vielleicht missverständlich. Beinahe nichts an den Hügeln und Gefällen der Ebene, durch die des Sisyfos Erben ihre Felskugeln schieben, ist „natürlich“ im eigentlichen Sinn. Enno Stahl arbeitet in einem längeren Essay zum Tod von Erasmus Schöfer am 7. Juni<sup>2</sup> wie Schöfer in den Szenen, in denen er die Kämpfe um das Rheinhausener Stahlwerk schildert, die Industriearchitektur des Werks als einen Triumph der Produktivkraft erstehen lässt, mit dem sich auch Befreiungshoffnungen verbinden. Die Verwandlung der einst prosperierenden Industriebauwerke in pittoreske Monumente der Vergangenheit steht sinnbildlich für den Niedergang einer Arbeiterkultur, die auch eine Kultur der organisierten Klassenkämpfe war. Zugleich zeigt Schöfer jedoch auch, wie ein von Verwertungsinteressen bestimmter Zugriff auf Natur als verschleißbare Ressource die menschliche Lebenswelt bedroht – etwa in seinen eindringlichen Schilderungen der länderübergreifenden Proteste gegen das KKW (Kernkraftwerk) in Whyll, die erfolg-

<sup>1</sup> So auch Ingar Solty in seinem Nachruf: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164455.linke-literatur-und-was-machen-wir-dafuer.html>

<sup>2</sup> <https://jacobin.de/artikel/zum-tod-eines-unbeugsamen-erasmus-schofer-nachruf-werkkreis-literatur-der-arbeitswelt-die-kinder-des-sisyphos/>

reich waren, oder gegen die „Startbahn West“ des Frankfurter Flughafens, die trotzdem gebaut wurde.

Gerade darin besteht der Realismus Schöfers, dass seine Protagonisten Kinder ihrer Zeit sind, dass ihre individuellen Lebensläufe mit den Zeitläuften und ihren Widersprüchen ver-schlungen sind, dass die individuellen Schicksalsschläge und Glücksmomente, die der (von Berufsverboten betroffene) Geschichtslehrer Viktor Bliss, der Journalist Armin Kolenda und der Betriebsrat Manfred Anklam erfahren, immer auch das Ganze betreffen – ein Ganzes, das nicht nur in einer Beschreibung bestehender Verhältnisse besteht, sondern sich immer auch erhellt vom Licht einer befreiten Zukunft, deren Eintritt ebensowenig Naturgesetz ist wie reiner Glaube, sondern handlungsleitender Entwurf, von dem her sich Suche, Neubeginn und Widerstand begründen. Dietmar Dath überschreibt seinen Nachruf in der FAZ mit der Frage, die Schöfer in einer Wortmeldung bei einer Podiumsdiskussion auf einem „sozialistischen Pressefest“ gestellt hat, bei der „Aussichten auf Sorgen, Krieg und Unrecht“ besprochen wurden: „Gut, und was machen wir dagegen?“<sup>3</sup> Zu-recht deuten Dath und – in seiner Folge – Ingar Solty<sup>4</sup> diese Frage als Schöfers Lebensmotto. Sein Realismus hat, ein bislang in der Rezeption zu wenig beachteter Aspekt, etwas *Existentialistisches*. Seine Literatur ist – ganz im vieldeutigen Sinn Sartres (also dem semantischen Hof dieses

Begriffs im Französischen entsprechend) – „engagierte Literatur“: unentrinnbar verstrickt in die Welt der sie entstammt und stets vom Anspruch getragen, in sie einzugreifen, in ihr zu *wirken*. So lähmend die Fährnisse der Zeit auch sein mögen, geht es doch immer darum, ihr Handlungsoptionen abzutrotzen, sich mit anderen zusammenzutun, Opposition zu organisieren, nicht aufzugeben.

1931 im Brandenburgischen Atlandsberg geboren, war Erasmus Schöfer alt genug, persönliche Erinnerungen an Faschismus und Weltkrieg zu haben. 1960 wurde er mit einer Arbeit zur Sprache Heideggers in Bonn promoviert. Die Aufbrüche der sechziger und siebziger Jahre erlebte er nicht mehr aus der Perspektive einer rebellischen Studentengeneration. 1970 gehörte er zu den Gründern des „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt“, dessen Sprecher er wurde. Schöfer gehörte damit zu jenen Intellektuellen, die – wie es Wolfgang Abendroth forderte – in ihrer Tätigkeit Anschluss an den linken Flügel der realexistierenden Arbeiterbewegung suchten. Die Arbeitswelt – als bedeutenden (vielleicht bedeutendsten) Schauplatz des alltäglichen Lebens unter den Bedingungen einer kapitalistischen Produktionsweise – aus dem Reich einer *terra inkognita* zu holen und ihr auch in der Literatur den Platz einzuräumen, den sie „im Leben“ einnimmt, gehörte auch über den Werkkreis hinaus zu seinem ästhetischem und politischem Programm. Dies schloss dezidiert auch die materiellen Produktionsbedingungen der Literatur selbst ein – nicht „nur“ literarisch, auch „praktisch“ in seinem Engagement für den gewerk-

<sup>3</sup> <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/nachruf-auf-den-schriftsteller-erasmus-schofer-18088657.html>

<sup>4</sup> Solty, a.a.O.

schaftlichen „Verband deutscher Schriftstellerinnen und Schriftsteller“ (zunächst im Rahmen der IG Druck und Papier, später der IG Medien und heute als Fachgruppe bei ver.di).

„Politische“, „engagierte“ Literatur zu produzieren stand für Schöfer freilich nie in einem Widerspruch zu Sinnlichkeit und Genuss. Im Vorfeld seines neunzigsten Geburtstags im vergangenen Jahr erschien nicht umsonst ein mit Aquarellen von Ilse Straeter illustrierter Band mit Liebesgedichten: „Sisyfos Lust“. Im letzten Gedicht des Zyklus heißt es – auf ein Kind, also einen Neubeginn, deutend: „Aus unseren Toten sind wir erfunden / Ihre Asche in den Augen / hast du mich

gesucht / als ich dich fand / am Rand der Straße eine Säule / Das Gesicht ein Steinbruch / aus dem weißen Kiesel / brennend unstillbar / die Saat der frischen Leichen / Ich hab sie aufgehoben“<sup>5</sup>.

Erasmus Schöfer blieb bis ins hohe Alter Zeitgenosse – und zeitgenössisch für uns, die Enkel des Sisyfos, bleiben seine Bücher.

*David Salomon*

---

<sup>5</sup> Erasmus Schöfer: Sisyfos Lust. Lauter ewige Lieben. Gedichte, Essen 2020, S. 64.